

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 24

Rubrik: Briefe

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Horst Wessel selbst wurde zum Idol, ein Lied, das er verfasst hatte, zum marschtüchtigen Umsturzlied, bevor es als «Horst-Wessel-Lied» in nationalsozialistischer Zeit zu einer Art zweiter Nationalhymne, zum Lied der deutschen Jugend erhoben ward. Und nun wurde auch die Rache an den Mördern vollstreckt. Millionenfach.

Unmittelbar nach dem Tod Horst Wessels jedenfalls beherrscht die Entrüstung darüber die Szene so, dass die Andersdenkenden, obwohl sie nominell noch immer die Strukturen des Staates bestimmten, vollends in die Defensive getrieben wurden. Oder sich in die Defensive treiben liessen. Vielleicht machten sie sich auch tatsächlich ein Gewissen wegen des vergossenen jungen Blutes. (Man erhält immer leicht ein schlechtes Gewissen, wenn man in der Defensive ist.) Vielleicht wollten sie ihr Gewissen dadurch erleichtern, dass sie an der Grösse der Idee teilzunehmen suchten, für die ein junger Mensch in den Tod gegangen war.

Die Reaktion auf den Tod von Horst Wessel war ein schreckliches Omen für die Zeit, die ihre Proportionen verloren hatte. Sie zeigte die ideologische Selbstgerechtigkeit der Rächer und die Verlorenheit ihrer künftigen Opfer. Der Tod Horst Wessels zeigte auf, wohin man bereits gekommen war und (wenn auch lange nicht überall erkannt) wohin man noch kommen würde.

Und nun kann man an den Strassen der deutschen Städte «Rache für Holger Meins» lesen. Oder auch ganz einfach «Mörder!». Man kann ja davon ausgehen, dass jedermann weiss, wer und was gemeint ist, wenn man «Mörder!» schreibt. Nicht etwa jene, die bei der Roten-Armee-Fraktion, der Holger Meins angehörte,

jahrelang ihren zuweilen blutigen Krieg geführt hatten, ihren Krieg gegen Leute, die nicht schossen. Nicht etwa, jene, die am Berliner Kammergerichtspräsidenten Drenkmann stellvertretend das Todesurteil für die Feinde vollstreckt haben, die an Holger Meins Tod schuld und somit gesamthaft liquidierungswürdig sind. Sondern jene, die es nicht verhindert haben, dass Holger Meins an den Folgen eines Hungerstreiks gestorben ist. So lapidar kann man sich mit dem einfachen Ausruf «Mörder!» verständlich machen, wenn die ideologischen Proportionen gesetzt sind.

Und sie sind gesetzt. Auch wenn man vom direktesten Vergleich mit der göbbelschen Propagandamaschine absieht, die nach dem Tod Horst Wessels anließ, bleibt immer noch ein Rest, der zum Omen ausreicht. Deutsche Fernsehstationen stellten Holger Meins in der Rolle des Märtyrers dar, in einem Radiogespräch konnte ein Rechtsanwalt vom beabsichtigten Mord an Holger Meins sprechen, ohne dass seine Gesprächspartner hier Anlass zu Widerspruch empfunden hätten. Und das Gewissen der Frommen? Auch es funktioniert in den gesetzten Proportionen. Erzbischöfe besuchen Ulrike Meinhof, haben aber anscheinend für ein Opfer ihrer Organisation, das zum Krüppel auf Lebenszeit geschossen ist, keine Zeit.

Erschreckend ist nicht nur die Parallele zu Horst Wessel. Erschreckend ist auch, dass man die offenbar nicht sieht.

Gewiss: Es hat daneben auch andere Reaktionen gegeben. Vor allem eine sehr deutliche Erklärung des Bundeskanzlers, dass sich die Justiz nicht erpressen lasse. Leider hat diese Erklärung wenig Glaubwürdigkeit. Nicht von

der Person her, sondern von der Sache her. Denn die westdeutsche Justiz hat, nicht anders als die Justiz in ungefähr allen westlichen Ländern auch, bereits bewiesen, dass sie erpressbar ist. Zum Beispiel bei der Freilassung der Palästinenser, die nach ihrer Bluttat anlässlich der Olympischen Spiele vorübergehend inhaftiert waren, wobei es sämtlichen Beteiligten im vornehmein klar war, dass es sich um ein Provisorium handle. Und es wurde auf ein Auslieferungsbegehren an die Länder verzichtet, in denen die Mörder untergekommen waren. «Aus juristischen und politischen Gründen», wie es hiess. Na, ja, die politischen Gründe waren jedenfalls ausreichend bekannt. Und was hätte man anders tun sollen?

Unterdessen ist die Erpressbarkeit international vollends sichtbar geworden. Gerade am Fall der Palästinenser. Sie finden ihre UNO-beglaubigte Anerkennung gerade im Moment neuer siegestrunder Gewalttaten. Nicht trotz des Terrors. Wegen des Terrors. Und natürlich auch wegen des Erdöls, das sie mitbeschützt. Und natürlich auch wegen des grossen Bruders in Moskau, der sie in den letzten Jahren zu seinem Schützling gemacht hat. Und natürlich auch wegen der gleichen ideologisierten Einbettung ihres Kampfes, die en plus petit den Krieg der Roten-Armee-Fraktion in unserem westlichen Europa ermöglicht. Man billigt den Palästinensern Souveränität und Heimatrecht nach ihrem eigenen Gutdünken zu, während das Existenzrecht Israels sogar als provisorische Floskel bereits aus den Traktanden fällt. Die Erpressbarkeit ist zu unserer Existenzgrundlage geworden. Staatlich, gesellschaftlich, moralisch. Horst Wessel nous fait chanter.

Christian Brügger

Briefe

«Kontinent» und Springer (ZB, Nr. 22, S. 10)

Nach einer im Westen schier unvorstellbaren geistigen und körperlichen Widerstandskraft gegen die totale Willkür der sowjetischen Machthaber gelingt es einigen geistig und körperlich Ueberlebenden einen Verleger zu finden, den Propyläen-Verlag, der ihre Erfahrungen, Erlebnisse, Folgerungen und Warnungen veröffentlicht will. Der Verlag übernimmt ein grosses Risiko — die Vorwürfe von Günter

Grass an Sinjajewskij beweisen es. (Warum ausgerechnet Günter Grass um ein Grusswort bitten?)

Der Springer-Konzern vermag es, ein Risiko zu übernehmen, und er tut es auch. Das ist mehr als manche kapitalkräftige Unternehmung von sich sagen kann. Wenn sich auf zehn «Spiegel»- oder «Blick»-Leser ein Leser des «Kontinent» findet, der sich ernsthaft bemüht, sich Klarheit zu verschaffen, dann ist: 1. das Erscheinen von «Kontinent» — durch wen auch immer finanziert — wichtig, 2. seine Aufgabe erfüllt und 3. das Verantwortungsbewusstsein im Westen noch nicht auf den Tod krank.

Ein nagender Zweifel lässt mir keine Ruhe: Wer besitzt genügend Vorstellungskraft, um aus den Schicksalen der «Kontinent»-Redaktoren Konsequenzen für den eigenen Alltag zu ziehen? I

Gleiches Recht

für die osteuropäischen Völker wie für die afroasiatischen Völker hat der Europäische Kongress der Freien Ungarn bei seiner Novembertagung in Zürich gefordert. In einer zusammen mit der Schweizerischen Aktion für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker gefassten Resolution heisst es:

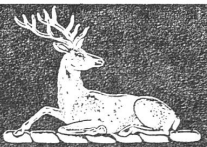
— Die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Mittel- und Osteuropa müssen mit internationaler Rechtskraft garantiert werden. Dies erfordert die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte.

— Der freie Verkehr der Menschen, Ideen und Informationen zwischen dem freien und unterdrückten Teil Europas muss an der Genfer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit kompromisslos durchgesetzt werden.

— Namens der fünf Millionen Flüchtlinge aus kommunistisch regierten Staaten richten wir den dringenden Appell an die Weltöffentlichkeit und internationale Organisationen, den rechtlosen 120 Millionen Menschen in Mittel- und Osteuropa zu den auch ihnen zustehenden Menschenrechten zu verhelfen.

SISCA

LA VÉRITABLE
CRÈME DE CASSIS
DE DIJON



HINE COGNAC